

Mit der Globalisierung gegen den Globalismus

Thesen von Peter Sigerist, Zentralsekretär Ressort Bildung
beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB

1. *Globalismus*, das heisst, die vom Finanzkapital angetriebene unkontrollierte und rasche Marktexpansion unter Führung von wenigen Weltkonzernen, und der *Neoliberalismus*, das heisst, die durch Marktfetischismus geprägte, fast religiös anmutende Wirtschaftslehre, laufen seit etwa Ende der Achtzigerjahre im letzten Jahrhundert synchron, treiben sich gegenseitig an und verschärfen die sozialen Ungleichheiten weltweit. Auch innerhalb der führenden Industriestaaten sinkt die Lohnquote seit über zwanzig Jahren, was Studien der Weltbank (2003) und weltweit führender Finanzinstitute (UBS, Morgan Stanley 2007) insbesondere mit den durch Reagonomics und Thatcherismus geschwächten Gewerkschaften erklären.
2. *Globalisierung* im Gegensatz zum rein ökonomisch induzierten Globalismus bedeutete, dass die national geprägten politischen Steuerungsstrukturen für den sozialen Ausgleich mit dem Globalismus auf internationaler Ebene zumindest gleichzögen, weil sonst die Gefahr besteht, dass die an sich demokratisch orientierte Anti-„Globalisierungs“-Bewegung in national überhöhte Perspektiven gleitet. Deshalb ist in jedem gesellschaftlichen Teilbereich, auch in der Bildung und insbesondere in der Berufsbildung, nach transnational abgesicherten, allgemein verbindlichen Standards und transnationalen, demokratischen Strukturen zu trachten.
3. Globalismus und Neoliberalismus führten auch zu einer beschleunigten technologischen Erneuerung. Diese heischt nach erhöhten Qualifikationen. In der Schweiz haben seit 1992 Manager/innen sowie Wissenschaftler/innen um 300'000 und Berufsleute auf der tertiären Berufsbildungsebene um 50'000 zugenommen; ungelernete Hilfskräfte haben im gleichen Zeitraum hingegen um 73'000 abgenommen. Gelernte Bürokräfte beziehungsweise Ausgebildete in Handwerk und Produktion nahmen um 68'000 beziehungsweise um 24'000 ab; Gelernte in Dienstleistungen und Verkauf nahmen hingegen um 67'000 zu (Schweizerische Arbeitskräfte-Erhebung SAKE 1992-2005). Insgesamt fährt damit der Bildungslift nach oben. Wer auf welcher Etage aussteigen muss, wird aber nach wie vor primär von der sozialen Herkunft, vom Status der Eltern, bestimmt (PISA-Studie 2000, Bundesamt für Statistik BFS 2003). Als Folge dieser tendenziellen Verschiebung der Beschäftigung in den Wirtschaftssektoren kommt auch eine strukturelle Problematik der Berufsbildung zum Ausdruck: (zu) hohe Ausbildungsquote im zweiten, zu tiefe Ausbildungsquote im dritten Sektor. Sie zeigt, dass in Zukunft die höhere Berufsbildung und die nicht-formale berufsbezogene Weiterbildung einen neuen Stellenwert erhalten. Diese Weiterbildung darf nicht allein der privaten Initiative und Finanzierung überlassen werden - „Lifelong Learning“ ist hier das Schlüsselwort, und zwar bis ins Rentenalter. Und last, but not least: Überfachliche Qualifikationen und Allgemeinbildung erhalten auch in der beruflichen Bildung einen höheren Stellenwert. Die „Erwerbstätigenbefragung 2006“ des Bundesinstituts für Berufsbildung bestätigt dies für Deutschland eindeutig. Der gelernte Beruf ist zwar für die Lebensgestaltung und für die Identität junger Erwerbstätiger nach wie vor zentral (Nationales Forschungsprogramm NFP 43, 2003), das Berufskonzept damit nicht per se überholt, aber die Entwicklung dürfte doch mehr in Richtung Berufsfelder gehen, innerhalb welcher mittels berufsbezogener Weiterbildung der berufliche Aufstieg erfolgt.
4. In der Schweiz hat eine falsche Wirtschaftspolitik, die über die Geldpolitik trotz Globalismus vorläufig noch stark national gesteuert werden kann, in den Neunzigerjahren zu einer langen Krise mit einer hohen Arbeitslosigkeit geführt, insbesondere zu einer überhöhten Jugendarbeitslosigkeit und zu einer Lehrstellenkrise. Die wachsenden Jahrgänge der Volksschulabgänger/innen haben die konjunkturell bedingte Krise zugespitzt. Die eben-

falls neoliberal begründete Sparpolitik der öffentlichen Hand der Neunzigerjahre, die auch vor den Bildungsausgaben, besser: Bildungsinvestitionen, nicht Halt machte, verschärfte die Lehrstellenkrise, so dass die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II stagnierte und unter neunzig Prozent sank (BFS 2003), obwohl sämtliche verantwortlichen Akteure/Akteurinnen gleichzeitig betonten, dass alle Volksschulabgänger/innen zu einem Sekundarstufen-II-Abschluss geführt werden müssten, damit sie Gesellschafts- und Beschäftigungsfähigkeit erlangen können und um soziale Kosten zu vermeiden („Die Sekundarstufe II hat Zukunft“, Erziehungsdirektorenkonferenz EDK/Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT 2000).

5. Wie weit die Ansiedlung von globalen Unternehmungen beziehungsweise die Übernahme von Schweizer Betrieben durch globalisierte Managements - denen das duale Berufsbildungssystem fremd ist beziehungsweise die betriebliche Bildung ausschliesslich als einzusparenden Kostenfaktor unter kurzfristiger Betriebsrentabilität eliminiert haben - die Lehrstellenkrise verschärfte, ist schwierig einzuschätzen, weil es dazu kaum empirisches Material gibt. Auch der „Bildungsbericht 2006“ gibt uns dazu keine Auskunft. Mit Sicherheit ist diese Tendenz aber für die Lehrstellenkrise nicht hauptverantwortlich.
6. Die transnationale Mobilität muss über die Anerkennung der Berufsabschlüsse erleichtert werden. Die Schweiz hat in diesem Bereich die Wahl zwischen „autonomen Nachvollzug“ oder dem aktiven Mitmachen auf internationaler Ebene – im Rahmen des Kopenhagener Prozesses und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, allenfalls auch in den EU-Strukturen. Sie muss sich gemeinsam mit jenen Ländern, die ebenfalls das duale Berufsbildungssystem kennen, zusammenschliessen, damit das in Vorbereitung stehende Bewertungssystem (European Credit System for Vocational Education and Training ECVET für die Berufsbildung analog zu European Credit Transfer System ECTS im akademischen Bereich) das Berufsbildungssystem nicht diskriminiert. Sie kann damit dazu beitragen, dem unregulierten Globalismus eine reregulierende Globalisierungsstrategie entgegenzustellen.

7. *Schlussfolgerungen:*

- In der Bildungspolitik haben wir auch unter globalisierten Verhältnissen noch einen grossen nationalen politischen Handlungsspielraum, der mit einer neuen internationalen Dimension ergänzt werden muss: mit der aktiven Beteiligung am Kopenhagen-Prozess.
- Die duale Berufsbildung muss eine Zukunft auch im globalisierten Umfeld haben, weil sie – mittels Stärkung der überfachlichen und allgemeinen Bildungsteile - dazu beitragen kann, allen Volksschulabgänger/innen eine Bildungs- und damit auch Aufstiegsperspektive zu eröffnen. Die qualitativ wertvolle berufliche Grundbildung bleibt die wichtigste Voraussetzung für die berufliche Weiterbildung.
- Das Recht auf einen Abschluss auf der Sekundarstufe II muss für alle garantiert sein. Die Berufsbildung muss damit auch eine hohe Integrationsaufgabe für sozial und herkunftsmässig Benachteiligte leisten. Wenn die Wirtschaft trotz aller Anreize und Appelle selbst nicht genügend Angebote dafür bereitstellt, muss (vorübergehend) der Staat entsprechende Berufsbildungsstätten anbieten
- Berufsmaturität und Fachhochschulen dürfen im Rahmen der neuen Hochschulgesetzgebung gegenüber dem akademischen Bildungsweg nicht benachteiligt werden. Die Systemdurchlässigkeitsbedingungen müssen äquivalent sein.
- Höhere Berufsbildung und nicht-formale Weiterbildung dürfen nicht mehr als „private Aufgabe“ verstanden werden. Ein neuer Rechtsanspruch auf Weiterbildung muss im Rahmen der globalen Strategie des Lifelong Learnings und auf der Basis des neuen Bildungs-Verfassungsartikels verankert werden.